

Haushaltsrede 2021 des Ersten Stadtrats Geiger (Ratssitzung am 23. März 2021)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieses Jahr ist alles anders. Auch ich fasse mich deshalb kürzer als sonst. Keine Aufzählung, was im Haushalt alles enthalten ist. Auch keine Wiederholung von Grundsätzlichem aus bisherigen Haushaltsreden.

Am 18. Februar 2020 haben Sie zuletzt einen Haushaltsplan beschlossen. Seit März 2020 schränkt die weltweite Covid19-Pandemie das gesamte Leben in Deutschland ein. Auch die öffentlichen Haushalte werden massiv getroffen. Die Wirtschaftsleistung Deutschlands brach rund 5 % ein von 2019 auf 2020. Wie geht man mit einer Situation um, die so schwer einzuschätzen ist, sich so dynamisch entwickelt?

Auch als städtische Finanzverwaltung waren wir sofort im Krisenmodus. Erste Aufgabe: die jederzeitige Zahlungsfähigkeit zu sichern. Niemand wusste, welche geplanten Erträge uns und den städtischen Gesellschaften wegbrechen würden. Schon eine Ratssitzung später – fast auf den Tag genau vor einem Jahr - wurde auf Vorschlag der Verwaltung reagiert. Der Haushaltsplan 2020 wurde in zwei zentralen Punkten geändert. Hätte uns Geld auf dem Konto gefehlt, wären jederzeit Liquiditätskredite bis zu 350 Mio. Euro möglich gewesen, nicht nur die ursprünglich beschlossenen 50 Mio. Euro. Außerdem wurde ein städtischer „Sondertopf Corona“ eingerichtet für krisenbedingte Ausgaben aller Art, gefüllt mit 10 Mio. Euro.

Diese beherzten eigenen Sofortmaßnahmen waren entscheidend. Ich möchte hier unbedingt Herrn Markus Schlimme nennen, unseren Fachbereichsleiter Finanzen, der sofort die richtigen Ideen entwickelt und anschließend gemeinsam mit dem Team des Fachbereichs Finanzen umgesetzt hat. So haben wir nebenbei als Stadt Braunschweig mitten in der Krise Maßstäbe in Niedersachsen gesetzt. Auch der Kommunalaufsicht konnten wir die eine oder andere gute Anregung geben. Wir waren immer sicher, handlungsfähig zu bleiben.

Erst im Laufe des Sommers gab es die so wichtigen Zusagen des Bundes und Länder, die Kommunen mit hohen Beträgen finanziell zu unterstützen. 50 Mio. Euro ausfallende Gewerbesteuern wurden uns ersetzt. Auch für die städtischen Gesellschaften gab es schließlich Hilfen in großem Umfang. Im Städtischen Klinikum sind bisher rund 33 Mio. Euro Bundeshilfen eingetroffen. Auch im Nahverkehr gab es eine Aufanglösung, ebenso für andere Gesellschaften. So musste Braunschweig, anders als zunächst vermutet, weder Haushaltssperren verhängen noch einen Nachtragshaushalt aufstellen. Wir konnten unseren Daseinsvorsorgeaufgaben voll gerecht werden und weiter massiv investieren, wichtig auch zur Stützung der Konjunktur.

Wo stehen wir heute? Das Jahr 2020 haben wir und auch andere Kommunen finanziell gut bewältigt. Auch wegen der umfangreichen staatlichen Hilfen, für die wir sehr dankbar sind. Nach aktuellstem Prognosestand zum Jahresabschluss 2020 könnte sich wegen einer Rückstellungsauflösung sogar ein kleiner Jahresüberschuss ergeben. Ohne die umfassenden staatlichen Hilfen wäre es sonst allein schon im Kernhaushalt ein Defizit in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe.

Bisher mussten wir in Braunschweig noch keine Liquiditätskredite aufnehmen. Aber die Krise dauert an. Es ist noch völlig unklar, welche Folgen sie haben wird. Alle kommunalen Spitzenverbände sind sich einig: Weitere Hilfsprogramme für die Kommunen sind nötig, mindestens für das laufende Jahr und wohl auch noch für 2022. Es ist aber noch völlig unklar, ob und in welchem Umfang staatliche Hilfen für 2021 und 2022 tatsächlich bei uns ankommen werden. Ausnahme ist allein der dauerhaft von 50 auf 75 Prozent erhöhte Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft im SGB II. Das bringt uns aktuell rund 12,5 Mio. Euro jährlich, eine hochwillkommene strukturelle Verbesserung unserer Haushaltsslage.

Vor Ihnen liegt der Haushaltsplanentwurf 2021 mit allen Anpassungen der letzten Monate. Seine Zahlen bilden die bisher bekannten Folgen der Pandemie ab, ebenso die Unsicherheiten, wie es kommunal weitergeht in und nach der Krise. Heute wären wir glücklich über die Zahlen von vor einem Jahr. Im Haushalt 2020 war geplant, dass von 2020 bis 2023 jedes Jahr ein zweistelliges Millionenminus entsteht, aber in der Summe der vier Jahre deutlich unter 100 Mio. Euro.

Heute entscheiden Sie dagegen über einen Haushaltsplan 2021, der 300 Mio. Euro Fehlbeträge im Laufe der nächsten vier Jahre vorsieht, davon allein im laufenden Jahr ein Minus von knapp 119 Mio. Euro. Solche Zahlen machen mehr als deutlich: Das wird in dieser Weise nicht lange funktionieren.

Gleichwohl bleibt die vorgesehene Fortsetzung unserer Investitionsoffensive der letzten Jahre richtig. Schon in den letzten Jahren hat die Kernverwaltung für Investitionen und die Instandhaltung von Sachanlagen deutlich dreistellige jährliche Millionenbeträge eingeplant. Im Planungszeitraum bis 2024 erreichen wir, wenn Sie heute zustimmen, ein neues Rekordniveau von im Schnitt rund 200 Mio. Euro pro Jahr. Hinzu kommen die großen Investitionsvorhaben der städtischen Gesellschaften, allen voran natürlich das Städtische Klinikum zur Verwirklichung des 2-Standorte-Konzepts.

Dem anhaltend hohen Investitionsdruck muss mit streng wirtschaftlich ausgerichteten und möglichst auch klug priorisierten Investitionen begegnet werden. Die öffentliche Infrastruktur darf nicht verkommen. Wir brauchen neue und sanierte Schulen, Kitas, Straßen, Brücken, Krankenhausgebäude, Feuerwachen. Aber auch der bedarfsgerecht ausgebaute öffentliche Nahverkehr, bezahlbares Wohnen, Klimaschutz, Infrastruktur für Kultur und Sport und nicht zuletzt die konsequente Digitalisierung der Verwaltung sind wichtig. Darum sind auch alle diese Themen im Haushaltsplan zu finden.

Leider wirft der laufende Haushalt aber zur Zeit nichts ab für solche Investitionen, sondern ist selbst defizitär. Deshalb geht es in den nächsten Jahren nur über eine umfangreiche Neuverschuldung. Übergangsweise kann das funktionieren. Die Zinsen sind weiter extrem niedrig. Aber stark ansteigende Kredite bedeuten eben auch stark ansteigende jährliche Abschreibungen und Tilgungsleistungen, und das über sehr lange Zeiträume. Also muss der städtische Haushalt so schnell wie möglich nach der Krise wieder dauerhaft schwarze Zahlen schreiben. Anders ausgedrückt. Das laufende Geschäft muss in Ordnung gebracht werden, damit es einen Finanzierungsanteil für die erforderlichen Investitionen leisten kann und damit nicht fehlende Einnahmen durch dauerhafte Liquiditätskredite ersetzt werden müssen. Politik und Verwaltung brauchen deshalb klare finanzpolitische Zielmarken und die gemeinsame Arbeit für diese Ziele.

Bund und Land müssen uns vorerst weiter unterstützen in der Krise. Es lohnt sich dafür zu kämpfen und wir tun das auch. Für die Kernverwaltung, für unser Klinikum, für den Nahverkehr, für unsere Innenstadt und manches mehr.

Die eine oder andere staatliche Finanzhilfe wird wohl schon noch kommen. Illusorisch ist aber die Vorstellung, dass uns Bund und Länder – selbst immens belastet – auf Jahre hinaus von allen Pandemiefolgen finanziell freistellen werden. Alle öffentlichen Haushalte in Deutschland – der sogenannte „öffentliche Gesamthaushalt“ - haben nach den bisher dazu bekannten Eckdaten im abgelaufenen Jahr 2020 zusammen rund 140 Mrd. Euro Defizit gemacht. Der Deutsche Städtetag spricht von einer „historischen Dimension“ dieses gesamtstaatlichen Defizites. Weit über die Hälfte des Defizits trägt der Bundeshaushalt, 18 Mrd. Euro die Landeshaushalte, während es bei den Kommunen dank der Stützungsmaßnahmen gut 1 Mrd. Euro sind. Die enger werdenden Spielräume in den staatlichen Haushalten werden die Kommunen unweigerlich erreichen. Wir müssen uns auch selbst helfen, selbst an der Struktur unseres städtischen Haushalts arbeiten.

Deshalb bin ich froh, dass wir als Verwaltung in Sachen Haushaltsoptimierung aktiv waren. Wir haben rechtzeitig unsere Hausaufgaben gemacht. Ungefähr zeitgleich mit Pandemiebeginn ist es uns gelungen, die mehrjährige Arbeit am Haushaltsoptimierungsprojekt weitgehend abzuschließen. Wie vom Rat gewünscht und beauftragt, konnten sich alle in der Verwaltung und Politik mit Ideen einbringen, auf Wunsch sogar anonym. In einem großen Kraftakt haben wir alle von der KGSt erfassten Vorschläge durchgesehen und aus Verwaltungssicht im Ampelschema bewertet. Inzwischen haben auch Sie in den Fraktionen – ebenfalls mit großen Aufwand - Ihre Meinung gebildet und über die Beratung in den Fachausschüssen mehrheitlich votiert. Manches wurde bereits zur Umsetzung beschlossen. Anderes wird aufgrund Ihrer heutigen Beschlüsse folgen. Einiges wird noch näher zu prüfen sein. Nach dem Haushaltsbeschluss ist vor dem Haushaltsbeschluss.

Selbst traditionell besonders wohlhabende Städte um uns herum müssen handeln. Beispiel eins: Zu Wolfsburgs Doppelhaushalt 2020/2021 gab es im Dezember einen

Nachtragshaushalt. 2021 werden knapp 100 Mio. Euro Defizit erwartet und insgesamt über 300 Mio. Euro in den nächsten vier Jahren. Auch in Wolfsburg wurde die KGSt beratend tätig. Ein erster Konsolidierungsschritt umfasst 15 Mio. Euro. Die Stadt Wolfsburg teilte hierzu öffentlich mit: „Es ist zwingend notwendig, künftig wieder den Haushaltsausgleich zu erreichen. Dies sollte aus eigenen ... Haushaltskonsolidierungen gelingen, um somit weiter die Handlungsfähigkeit sicherstellen ... zu können.“ Und weiter: „Für die künftigen Haushaltsplanberatungen hat die Vermeidung einer Haushaltssicherung durch eine frühzeitige und umfassende Haushaltskonsolidierung absolute Priorität.“

Beispiel zwei: Der Doppelhaushalt 2021/2022 der Landeshauptstadt sieht ein Defizit von 200 Mio. Euro vor in diesem Jahr und rund 165 Mio. Euro im nächsten. Hannover bekennt sich klar zu einem Konsolidierungskurs. Dort wurde KPMG beratend tätig. Stadtkämmerer Dr. von der Ohe spricht laut Hannoverscher Allgemeiner Zeitung wörtlich von einem „strukturellen Defizit“, das er unter Herausrechnung der Pandemiefolgen mit jährlich rund 90 Mio. Euro beziffert. „Kein Geld mehr für die Kür“ ist ein Kommentar der HAZ betitelt. Ein weiter Kommentar der HAZ meint, die konsequente Konsolidierung ohne Tabus sei „Der richtige Ansatz“.

Wir sind also mit unserem Haushaltsoptimierungsprozess grundsätzlich auf dem richtigen Weg. Die bisherigen und heutigen Beschlüsse entlasten unseren Haushalt im Zeitraum 2021 bis 2024 um etwa 24 Mio. Euro. Das ist ein Start, wird aber bei weitem nicht reichen. Es muss konsequent weitergehen. Viele Ideen liegen jetzt auf dem Tisch und könnten noch verwirklicht werden. Auch die städtischen Gesellschaften sind gefordert. Sie sollen Potentiale für verbesserte Jahresergebnisse heben, alleine und über besser ausgeschöpfte Synergien untereinander und mit der Kernverwaltung. Ein eigenständiges Projekt mit dem Namen „Löwenrudel“ hierfür läuft schon seit dem letzten Jahr.

Drei Wünsche für die Zukunft unseres städtischen Haushalts möchte ich noch äußern: Erstens wünsche ich mir deutlich mehr staatliche Unterstützung für unser Städtisches Klinikum. Es ist als Maximalversorger so unglaublich wichtig nicht nur für unsere Stadt, sondern unsere gesamte Region. Wir brauchen sehr rasch mehr Fördermittel vom Land und ein stimmigeres Vergütungssystem vom Bund. Mein zweiter

Wunsch ist, dass wir künftig nicht mehr im Haushalt planen, als wir pro Jahr realistisch schaffen können. Dazu habe ich letztes Jahr Einiges gesagt. Mein dritter Wunsch geht in eine ähnliche Richtung. Hoffentlich finden wir die Kraft stärker zu priorisieren, zwischen Wichtigem und weniger Wichtigem zu unterscheiden. Ob man Letzteres nun „Kür“, „nice to have“ oder wie auch immer nennt: Wenn nicht mehr alles geht, muss man auch sagen, was erst einmal nicht mehr geht.

Schließen möchte ich mit einem großen Dankeschön. Dieses Jahr war es besonders anstrengend, den heutigen Ratsbeschluss zu ermöglichen. Wie immer wurde der Verwaltungsentwurf sorgfältig vorbereitet, kommuniziert, durch die politischen Beratungen begleitet und an die neuesten Erkenntnisse und Entscheidungen angepasst. Hinzu kam dieses Mal die parallele Verarbeitung der Ergebnisse des großen Haushaltsoptimierungsprozesses. Wir alle, die gesamte Verwaltung, aber auch die Ratsmitglieder und Fraktionsgeschäftsstellen, waren dadurch noch stärker gefordert als sonst.

Nicht selbstverständlich ist es, einen solchen Prozess, der auch politisch und emotional kräftezehrend war, handwerklich solide zu bewältigen. Heute möchte ich stellvertretend für alle Beteiligten zwei Personen im Fachbereich Finanzen besonders hervorheben: Petra Röver und Dr. Bernhard Niehoff. Frau Röver hat den Haushaltsoptimierungsprozess mit großem Erfolg geschäftsführend koordiniert. Dr. Niehoff tritt in wenigen Tagen in den Ruhestand. Er war fast zwanzig Jahre lang für den Haushalt und die Beteiligungssteuerung verantwortlich und hat Großes geleistet für die Stadt Braunschweig. Ein großes, herzliches Dankeschön dafür!